



Zürich, im Juni 1996

Liebe Kollegin, lieber Kollege

Die VAUZ vertritt die Interessen des universitären Mittelbaus an der Universität. Dazu gehören die Assistierenden, die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Lehrbeauftragten und die Lektorinnen und Lektoren.

Die Anliegen der Mittelbauangestellten werden in vielen Gremien und Kommissionen der Universität und in der Hochschulpolitik vertreten: so etwa in den Fakultätsversammlungen, im Senatsausschuss, in der Planungskommission und in der Hochschulkommission auf kantonaler Ebene, und durch den Verband der Mittelbauangehörigen an Schweizer Hochschulen (VMSH) auf eidgenössischer Ebene in der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) und deren Planungskommission.

Über unsere Aktivitäten kannst Du Dich im beiliegenden Bulletin noch weiter informieren. Zudem versuchen wir regelmässig mit einer Spalte im "unizürich-journal" präsent zu sein.

In letzter Zeit standen die **Reformbestrebungen** und die **Sparmassnahmen** an der Universität ganz im Vordergrund unserer Bemühungen. In den verschiedensten Arbeitsgruppen und Gremien brachten wir unsere Sicht der Dinge ein. Mit einer Vernehmlassung äusserten wir uns zum Entwurf des neuen Universitätsgesetzes zuhanden des Rektorates.

Dabei konnten wir uns immer wieder auf die Ergebnisse der Broschüre "Hochschule zwischen Sparzwang und Investitionsbedarf" abstützen, die letztes Jahr in Zusammenarbeit mit dem Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) erarbeitet wurde und im VAUZ-Sekretariat bestellt werden kann (Fr. 15.-; für VAUZ- und VPOD-Mitglieder gratis).

Diese Aktivitäten erfordern natürlich ein beachtliches Engagement von hochschul- und bildungspolitischen interessierten Leuten. Falls Du Dir eine Mitarbeit in der VAUZ vorstellen kannst und Du gerne die Interessen des Mittelbaus in Kommissionen und Gremien vertreten möchtest, stehen wir Dir gerne mit weiteren Informationen zur Verfügung.

Damit wir unsere Interessen auf allen Ebenen auch weiterhin mit der notwendigen Intensität und Kontinuität vertreten können, sind wir allerdings auch auf Deine finanzielle Unterstützung angewiesen. Mit Deinem **Jahresbeitrag von Fr. 30.-** ermöglichst Du unsere administrativen Arbeiten, und die Vertretung einer akademischen Berufsgruppe in der Öffentlichkeit.

Als VAUZ-Mitglied hast Du Anspruch auf unsere unentgeltliche Rechtsauskunft auf allen Rechtsgebieten. Informationen dazu erhältst Du auf dem VAUZ-Sekretariat (jeweils Do 13.30-16.30).

Für Deine Unterstützung möchten wir uns ganz herzlich bei Dir bedanken.

Mit freundlichen Grüssen  
für den VAUZ-Vorstand

Nicole Schaad  
(Mitglied des Präsidiums)

Stellungnahme der VAUZ  
zum Entwurf für ein Universitätsgesetz vom 18. März 1996

## Allgemeines

Die VAUZ steht grundsätzlich hinter der Idee des Reformprojekts Uni 2000, wonach die Universität extern durch einen Leistungsauftrag geführt wird, bei der Umsetzung des Auftrags dagegen Autonomie genießt.

Der vorliegende Gesetzesentwurf enthält Ansätze in die richtige Richtung, weist aber unseres Erachtens noch einige wesentliche Mängel auf. Insbesondere fehlt es an einer klaren Definition der Stände und einer sauberen Abgrenzung zwischen Leistungsauftrag und Leitung der Universität. Die universitäre Autonomie ist damit nicht gewährleistet, da der Entwurf lediglich im wesentlichen den jetzigen Zustand festschreibt.

Die den Vernehmlassungsunterlagen vorangestellten Fragen beziehen sich nur auf einen Teil jener Punkte, die das Gesetz grundsätzlich neu regelt. Die VAUZ beantwortet daher die vorgelegten sieben Fragen, äussert sich aber darüber hinaus auch zu weiteren Bereichen, welche bei der Überarbeitung des Gesetzesentwurfs ebenfalls zu berücksichtigen sind.

## Zu den Vernehmlassungsfragen

### **Frage 1: Zusammensetzung des Universitätsrats**

Die VAUZ ist der Auffassung, dass einerseits der Universitätsrat durchaus eine politische Komponente hat und andererseits auch das Parlament in die universitären Entscheidungsprozesse einbezogen werden sollte. Die VAUZ befürwortet daher die Variante B des § 24.

Gleichzeitig sollte es dem Kantonsrat aber freistehen, ob er vier seiner Mitglieder oder aber andere Persönlichkeiten mit der nötigen Fachkompetenz in den Universitätsrat abordnen will. Die Vertreter anderer Kantone sollten nicht von den Zürcher (!) Behörden, sondern von ihnen selbst bestimmt werden.

§ 24 Abs. 1 (Variante B)

2. auf Wahl durch den Kantonsrat: vier Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft oder Politik;

3. auf Wahl durch den Regierungsrat: drei Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft oder Politik;

4. je eine Delegierte bzw. ein Delegierter anderer Kantone und des Erziehungsrates.

### **Frage 2: Vertretung der Universität im Universitätsrat**

Die VAUZ ist der Meinung, dass die Entscheide des Universitätsrats möglichst breit abzustützen und daher auch die Professorenschaft sowie die Stände anzuhören sind. Wir unterstützen deshalb die *Variante A* von § 24a.

Unseres Erachtens sollten die Vertreter der Professorenschaft und der Stände nicht vom Universitätsrat ernannt, sondern von den entsprechenden Organisationen selbst bestimmt werden. Der Begriff "VertreterIn" sollte deshalb jeweils durch "Delegierte" ersetzt werden.

§ 24a Abs. 2 (Variante A)

2. auf Wahl des Senats: eine Delegierte bzw. ein Delegierter der Professorinnen und Professoren;

3. auf Wahl ihrer Organisationen: je eine Delegierte bzw. ein Delegierter der Stände.

### **Frage 3: Aufgabenkatalog des Universitätsrats**

Nach der Systematik des Entwurfs handelt es sich beim Universitätsrat um ein Organ der Universität. Aufgrund der vorgesehenen Zusammensetzung sowie der Tatsache, dass der Erziehungsdirektor gemäss § 26 den Vorsitz im Universitätsrat hat und das Sekretariat bei der Erziehungsdirektion geführt wird, darf man davon ausgehen, dass der Universitätsrat im wesentlichen von der Leitung der Erziehungsdirektion dominiert werden wird.

Damit ist aber klar, dass es sich beim Universitätsrat nicht um ein Organ der Universität, sondern um ein externes Gremium handelt. Dies geht auch daraus hervor, dass in § 24 eine Vertretung der Universität vorgesehen ist; dies wäre nicht notwendig, wenn es sich beim Universitätsrat tatsächlich um ein Organ der Universität handeln würde.

Der Universitätsrat wird als oberstes Leitungs- und Aufsichtsorgan der Universität bezeichnet, ihm kommen also gleichzeitig Leitungs- und Aufsichtsfunktionen zu. Da damit einem externen Gremium Leitungsfunktionen zukommen, wurde keine deutliche Trennung zwischen Aufsicht (Oberbehörden) und Leitung vorgenommen, wie sie vom Leiter des Projekts Uni 2000, Prof. Conrad Meyer, gemäss NZZ vom 16. Januar 1996 als ein Hauptanliegen der Reform bezeichnet wurde.

Einen solchen Eingriff in die in § 1 Abs. 2 verankerte Autonomie der Universität lehnen wir ab; die Autonomie der Universität darf nicht zur blossen Worthülse verkommen.

- In diesem Sinn sollte das Recht der Selbstverwaltung explizit im Gesetz verankert werden.
- Die VAUZ verlangt daher zum einen, dass der Universitätsrat nicht als Organ der Universität bezeichnet und seine Zusammensetzung und Rechtsstellung in einem separaten Abschnitt „Aufsicht“ geregelt wird.
- Zum andern müssen aus dem Katalog der Aufgaben des Universitätsrats die Leitungsaufgaben entfernt werden.
  - Die in § 25 Abs. 2 Ziff. 1-2 genannten Erlasse werden vom Universitätsrat nicht *erlassen*, sondern bloss *genehmigt*.
  - Die Institutsordnungen (Ziff. 3) werden durch die Erweiterte Universitätsleitung genehmigt.
  - Die Antragstellung zum Globalbudget (Ziff. 4), die Verabschiedung des Entwicklungs- und Finanzplans (Ziff. 5) und des Rechenschaftsberichts (Ziff. 6) sowie die Antragstel-

lung betreffend Zulassungsbeschränkungen (Ziff. 12) erfolgt durch die Universität selber, der Universitätsrat kann zustimmen oder ablehnen.

- Die Ernennung und Entlassung von ProfessorInnen, die Schaffung und Aufhebung von Departementen und Instituten sowie die Schaffung, Umwandlung und Aufhebung von Lehrstühlen wird vom Universitätsrat bloss *genehmigt*.

Die Wahl der Rekurskommission für die Universität verbleibt hingegen beim Universitätsrat.

Dies führt zu folgendem Vorschlag:

#### § 1

*Die Universität Zürich ist eine öffentlichrechtliche Anstalt des Kantons mit eigener Rechtspersönlichkeit und dem Recht der Selbstverwaltung.*

#### § 25

*Dem Universitätsrat obliegt die Aufsicht über die Universität.*

*Er hat die folgenden Aufgaben:*

1. *Genehmigung* der Universitätsordnung und weiterer Verordnungen wie der Personalverordnung, des Finanzreglements und des Habilitationsreglements;
2. *Genehmigung* der Prüfungs- und Promotionsordnungen der Fakultäten;
3. *(gestrichen)*
4. *Antragsstellung zum Globalbudget und zu weiteren Staatsleistungen sowie zum Leistungsauftrag zuhanden des Regierungsrats;*
5. *Verabschiedung des Entwicklungs- und Finanzplans zuhanden des Regierungsrats*
6. *Stellungnahme* zum Rechenschaftsbericht zuhanden des Regierungsrats;
7. *Genehmigung der Wahl der Rektorin oder des Rektors und der Prorektorinnen und Prorektoren;*
8. *Genehmigung* von Ernennung und Entlassung der Professorinnen und Professoren;
9. *Genehmigung* der Schaffung und Aufhebung von Departementen und Instituten;
10. *Genehmigung* der Schaffung, Umwandlung und Aufhebung von Lehrstühlen;
11. *Wahl der Rekurskommission für die Universität;*
12. *Antragstellung betreffend Zulassungsbeschränkungen zuhanden des Regierungsrats.*

Die VAUZ erachtet Zulassungsbeschränkungen, die über die allgemeinen Bestimmungen über die Voraussetzungen der Immatrikulation hinausgehen, als nicht vereinbar mit einer sachgerechten und sozialverträglichen Bildungspolitik, und lehnt sie daher in jeder Form ab, solange es an Alternativen für Mittelschulabgänger (insbesondere Fachhochschulen) fehlt.

Wenn sich Zulassungsbeschränkungen als unvermeidlich erweisen sollten, muss der Entscheid darüber aufgrund der politischen Bedeutung, die der Zulassung zur Universität zukommt, beim Kantonsrat liegen.

#### § 15 Abs. 1

*Der Kantonsrat kann auf Antrag des Universitätsrates für einzelne Lehrgebiete Zulassungsbeschränkungen anordnen, [...]*

#### **Frage 4: Zusammensetzung von Universitätsleitung und Erweiterter Universitätsleitung, Verteilung der Kompetenzen**

Grundsätzlich begrüßen wir das Bestreben, den bisherigen Senatsausschuss als Erweiterte Universitätsleitung personell näher an das bisherige Rektorat heranzurücken. Das Verhältnis zwischen Erweiterter Universitätsleitung und Universitätsleitung wird jedoch im Gesetzesentwurf nicht genügend definiert.

Da die Erweiterte Universitätsleitung ein akademisches Gremium sein soll, fragt es sich, ob dem Verwaltungsdirektor in diesem Gremium ein Stimmrecht zukommen sollte.

Gemäss § 29 setzt sich die Erweiterte Universitätsleitung - wie nach der bisherigen Regelung auch der Senatsausschuss - auch aus den Delegierten der Stände zusammen. Dies wurde bisher stets so gehandhabt, dass Stände je zwei Delegierte stellten. Dies sollte im neuen Gesetz explizit geregelt werden.

*§ 29 Abs. 1*

*3. je zwei Delegierte der Stände.*

Die gemäss unseren Vorschlägen in Frage 3 abzutretenden Kompetenzen des Universitätsrates sind der Erweiterten Universitätsleitung zu übertragen. (Die Institutsordnungen hingegen sollten nicht auf Stufe Universität, sondern können direkt durch die Fakultäten selber erlassen werden.) Die Erweiterte Universitätsleitung übernimmt somit im Rahmen des Leistungsauftrages die strategische Führung der Universität und ist demnach der Universitätsleitung hierarchisch übergeordnet.

Dabei geht es um folgende Kompetenzen:

- Genehmigung der Institutsordnungen;
- Erstellung des Rechenschaftsberichtes zuhanden des Universitätsrates;
- Planung der Entwicklung von Forschung, Lehre und Dienstleistung;
- Anstellung und Entlassung der Verwaltungsdirektorin bzw. des Verwaltungsdirektors.

*§ 29 Abs. 3*

*Sie hat insbesondere folgende Aufgaben:*

...

*8. Genehmigung der Institutsordnungen;*

*9. Erstellung des Rechenschaftsberichtes zuhanden des Universitätsrates;*

*10. Planung der Entwicklung und Koordination von Forschung, Lehre und Dienstleistung;*

*11. Anstellung und Entlassung der Verwaltungsdirektorin bzw. des Verwaltungsdirektors.*

Entsprechend der Aufwertung der Fakultäten ist vorzusehen, dass die Delegierten der Stände in den Fakultäten gleichzeitig die Delegierten der Stände im Senat sind.

*§ 27 Abs. 1*

*Der Senat setzt sich zusammen aus [...] den Delegierten der Stände in den Fakultäten und in der Erweiterten Universitätsleitung sowie [...].*

### **Frage 5: Regelung betreffend Fakultäten und Institute**

Die Möglichkeit, Departemente zu bilden, sollte zur Vereinfachung nicht allein der innerfakultären, sondern im besondern auch der zwischenfakultären Zusammenarbeit genutzt werden können.

§ 7 Abs. 2

*Zur Förderung der inneruniversitären Zusammenarbeit können Departemente gebildet werden, denen bestimmte Kompetenzen übertragen werden können.*

Da die Fakultätsversammlung das grundlegende Organ der Fakultät ist, sollten ihre Zusammensetzung und Aufgaben explizit festgehalten werden.

§ 30 Abs. 2 (neu)

*Die Fakultätsversammlung setzt sich zusammen aus:*

- 1. den Professorinnen und Professoren der Fakultät;*
- 2. einer angemessenen Anzahl, mindestens aber zwei Delegierten der Stände.*

§ 31 Abs. 2:

*Sie hat insbesondere die folgenden unübertragbaren Aufgaben:*

Fakultäre Aufgaben, welche nicht in den Zuständigkeitsbereich eines andern Organs fallen, - insbesondere das Budget - gehören in die Zuständigkeit der Fakultätsversammlung. Die Generalvollmacht der Dekane gemäss § 32 Abs. 2 des Entwurfs erscheint uns daher problematisch.

§ 31 Abs. 5 (neu)

*Die Fakultätsversammlung ist für alle fakultären Angelegenheiten zuständig, die keinem andern Organ übertragen sind.*

§ 32 Abs. 2 streichen

Ferner sollte auch die Delegationskompetenz der Fakultätsversammlung explizit geregelt sein:

§ 30 Abs. 4 (neu)

*Die Fakultäten können ihre Kompetenzen an den Dekan oder fakultätseigene Institute delegieren, soweit es sich dabei nicht um unübertragbare Aufgaben gemäss § 31 Abs. 2 handelt.*

### **Frage 6: Öffentlich-rechtliche Studentenschaft im Gesetz verankern oder Möglichkeit dazu schaffen**

Die VAUZ unterstützt die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft der Studentinnen und Studenten.

## **Frage 7: Mitwirkungsrecht der Stände**

Die VAUZ unterstützt selbstverständlich ein Mitwirkungsrecht der Stände. Wichtig erscheint uns dabei, dass diesem Grundsatz in allen inneruniversitären Gremien nachgelebt wird. Für die VAUZ wäre ein Universitätsgesetz ohne eine gesetzlich verankerte Mitwirkung nicht akzeptabel.

§ 23 Abs. 2

*Die Stände haben ein Recht auf Mitbestimmung. Ihre Organisationen werden vor der Fällung von Grundsatzentscheidungen, insbesondere der Änderung von Reglementen und Verordnungen zur Stellungnahme eingeladen.*

Um allen Universitätsangehörigen die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen sachgerecht in die Entscheidungsprozesse einbringen zu können, ist auch das Universitätspersonal als Stand anzuerkennen.

§ 23 Abs. 1

*Stände sind:*

- 1. Die Titularprofessorinnen und -professoren und Privatdozentinnen und -dozenten.*
- 2. Die Angehörigen des Mittelbaus.*
- 3. Die Studierenden.*
- 4. Das Universitätspersonal.*

## **Weitere Änderungsvorschläge**

### **Angehörige der Universität**

Nachdem die Aufgaben des Mittelbaus explizit geregelt sind, muss dies auch für die Professorenschaft gelten.

§ 10 Abs. 2

*Die Professorinnen und Professoren sind verantwortlich für Forschung, Lehre und Dienstleistungen, sowie für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.*

Zur Förderung des wissenschaftlichen Mittelbaus und des akademischen Nachwuchses ist es wichtig, dass die wichtigsten wissenschaftlichen Qualifikationen, Dissertation und Habilitation, explizit genannt sind. Es ist darum zu ergänzen:

§ 11 Abs. 4

*Den Angehörigen des Mittelbaus ist im Rahmen ihrer Anstellung angemessene Gelegenheit für die eigene wissenschaftliche Qualifikation, insbesondere für Dissertation und Habilitation, zu geben.*

### **Studiendauer**

xxDie Regelung der Studiendauer nimmt in dieser Form auf die veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Studiums zu wenig Rücksicht. Daher ist die Möglichkeit des Teilzeitstudiums vorzusehen.

§ 16 Abs. 2 (neu)

*Der Universitätsrat schafft die Möglichkeit, Studiengänge und Studienabschnitte als Teilzeitstudium zu absolvieren.*

## **Studiengebühren**

Die Höhe der Studiengebühren ist ein heikles politisches Thema. Zu berücksichtigen sind dabei vor allem auch bildungspolitische Gesichtspunkte. Die Höhe der Gebühren müssen daher auch von einem politischen Gremium, nämlich dem Kantonsrat, festgesetzt werden.

Im Interesse der Chancengleichheit sind die Studiengebühren sozialverträglich zu gestalten. Bereits die heutige Höhe der Semestergebühren muss als sehr hoch angesehen werden. Darum - und auch aus formaljuristischen Überlegungen - empfiehlt sich die Aufnahme einer Höchstgrenze ins Gesetz.

§ 38

*Abs. 1:*

*Der Kantonsrat setzt Immatrikulations-, Semester- und Prüfungsgebühren fest.*

*Abs. 3:*

*Die Semestergebühren [...] dürfen den Betrag von Fr. 600.- nicht überschreiten.*

*Abs. 6 streichen.*

Der heutigen Praxis entspricht, dass den an der Universität Zürich registrierten Organisationen die Benutzungsgebühr in der Regel erlassen wird. Es ist daher zu ergänzen:

§ 40 Abs. 2 Satz 3 neu:

*Den an der Universität Zürich registrierten Organisationen wird die Gebühr in der Regel erlassen.*

## **Rekurswesen**

Entscheide in Prüfungssachen sind inhaltlich inneruniversitär abschliessend zu regeln. Rekurse zu formellen Fragen müssen darüber hinaus auch an den Universitätsrat bzw. an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden können.

§ 44 Abs. 3

*Entscheide der Rekurskommission in inhaltlich-sachlichen Belangen von Prüfungssachen sind endgültig. Anfechtungen von Prüfungsentscheiden aus formalen Gründen sind nach Massgabe des Verwaltungsrechtspflegegesetzes weiterziehbar.*

## **Abschliessende Würdigung**

Der Entwurf weist positive Ansätze, aber auch wesentliche institutionelle und gesetzestechnische Mängel auf. Die Universität verfügt durch ein solches Gesetz nicht über das geeignete Instrumentarium, um den Leistungsauftrag selbständig zu erfüllen; die in § 1 verkündete



Autonomie der Universität findet hauptsächlich auf dem Papier statt. In der vorliegenden Form lehnt die VAUZ den Entwurf daher ab.

Die Hochschulpolitik der letzten Jahre hat sich nur teilweise durch sorgfältige, überlegte Massnahmen ausgezeichnet. Als Beispiele seien genannt die Erhöhung der Studiengebühren, die versuchte Einführung des Numerus clausus oder auch die jüngst angeordneten Legikontrollen.

Auch das Universitätsgesetz soll nun in möglichst kurzer Zeit durchgebracht werden. Der vorliegende Entwurf wurde von der Uni 2000-Projektgruppe Legislation bereits ausgearbeitet, während sich andere Arbeitsgruppen, deren Arbeitsergebnisse eigentlich die Voraussetzung für die Legislation bilden sollten - insbesondere die Arbeitsgruppe 2a "Stellung der Angehörigen der Universität" -, noch an der Arbeit waren. Dieses Vorgehen ist methodisch fragwürdig und hat die Qualität des Entwurfs negativ beeinflusst.

Die VAUZ fordert darum eine Denkpause. Dabei sollte neben einer Reihe von Detailänderungen insbesondere das Verhältnis zwischen Oberbehörde und Universität überdacht und im Sinne unserer Anregungen grundlegend neu geordnet werden. Dies mag als kurzfristig politisch inopportun erscheinen. Um eine tragfähige Grundlage für eine mittel- und langfristig positive Entwicklung der Universität zu erarbeiten, braucht es jedoch mehr Zeit, als für den vorliegenden Entwurf zur Verfügung stand.

Nicole Schaad, Co-Präsidentin VAUZ

Adrian Eichenberger, Co-Präsident VAUZ

Max Gerster, Co-Präsident VAUZ



Zürich, 17. Januar 1996

Stellungnahme der VAUZ  
zu den vorgesehenen Sparmassnahmen an der Universität Zürich (Medienberichte vom  
Januar 1996)

---

In den letzten Tagen berichteten die Medien über vorgesehene Sparmassnahmen an der Universität. In diesem Zusammenhang und reagierend auf Äusserungen von Regierungsrat E. Buschor und Rektor Hans Heinrich Schmid sieht sich die VAUZ zu einer Stellungnahme veranlasst.

Erziehungsdirektor Ernst Buschor äusserte sich dahingehend, dass der Stellenabbau den Mittelbau stärker als andere Personalkategorien treffen werde. Dies kann nicht unwidersprochen bleiben.

Im akademischen Bereich der Universität (in Lehre, Forschung und Dienstleistung) sind heute rund 3000 Personen angestellt; davon rund 2500 im Mittelbaubereich, d. h. als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und als Assistentinnen und Assistenten.

Zusammen mit den Lehrbeauftragten und den Privatdozentinnen und Privatdozenten bestreiten diese 2500 Mittelbauangestellten mehr als zwei Drittel der gesamten Lehrtätigkeit.

Im Bereich der Forschung dürfte der Anteil aufgrund der vielen Doktorandinnen und Doktoranden, Habilitandinnen und Habilitanden, die in Grundlagenforschung und angewandter Forschung tätig sind, etwa gleich gross, wenn nicht gar noch grösser sein.

Der heutige Universitätsbetrieb in Lehre, Forschung und Dienstleistung kann daher ohne die Mittelbauangestellten nicht aufrechterhalten werden.

In den letzten Jahren und Jahrzehnten musste ein deutlicher Anstieg der Belastung des universitären Mittelbaus durch Arbeit in Lehre, Administration und Dienstleistung verzeichnet werden. Die Zahl der geleisteten Überstunden ist beträchtlich. Dadurch wird dessen wissenschaftliche Weiterqualifikation und die Förderung des akademischen Nachwuchses durch die Universität (wie sie in § 15 der Angestelltenverordnung, Januar 1993, festgehalten ist) in Frage gestellt.

Die jetztigen Sparmassnahmen (vorgesehene Streichung von Assistenzstellen, Streichung von bezahlten Lehraufträgen, Erhöhung der Arbeitsbelastung mit administrativen Arbeiten inkl. der Einführung der Kontrolle der Einhaltung der Immatrikulationspflicht) belasten die Assistierenden (und den gesamten Mittelbau) noch weiter und verunmöglichen die Förderung des akademischen Nachwuchses.



Die regierungsrätlichen Sparvorgaben und die heute geplanten konkreten Sparmassnahmen sind von Konzeptlosigkeit und Unüberlegtheit geprägt.

Sie scheinen in Unkenntnis der Arbeitsbelastung, Qualifikationsmöglichkeiten und Forschungssituation des universitären Mittelbaus und der Universität insgesamt getroffen worden zu sein.

Die Mittelbauangestellten empfinden sie als deutlichen Hinweis darauf, dass ihre jahrelang im beruflichen Alltag erbrachten Leistungen nicht erkannt und in keiner Form honoriert werden.

Protest und Forderungen:

Die Assistierenden der Universität Zürich protestieren gegen die falsche Darstellung der heutigen Arbeits- und Belastungssituation sowie der wissenschaftlichen Qualifikationsmöglichkeiten des akademischen Nachwuchses.

Sie sind empört darüber, dass die derzeitigen Sparbemühungen vorwiegend auf Kosten der schwächsten Mitglieder im universitären Bildungsbereich (Studierende, Doktorierende und Assistierende) realisiert werden.

Ferner fordern sie die Verantwortlichen in Regierung, Politik und Hochschule auf, die Sparmassnahmen sorgfältiger zu prüfen als bisher, ihre Auswirkungen auf Forschung und Nachwuchsförderung mitzuberücksichtigen und sie in langfristige bildungspolitische Entwicklungsperspektiven, beispielsweise des Schweizerischen Wissenschaftsrats, einzubinden. Die heute ins Auge gefassten Massnahmen sind unüberlegt, kurzsichtig und unsozial. Sie gefährden die gegenwärtige und zukünftige internationale Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wissenschaft.

Darüber hinaus sind sie enttäuscht, dass die grundlegende Studie «Hochschulpolitik zwischen Sparzwang und Investitionsbedarf», die auf Initiative der VAUZ über die Situation des universitären Mittelbaus unternommen und publiziert und durchwegs positiv aufgenommen worden war, bereits nach nicht einmal einem Jahr keinerlei Beachtung mehr findet.

Im Namen der Jahresversammlung der Assistierenden und aller Angehörigen des universitären Mittelbaus

gez. der VAUZ-Vorstand

VAUZ Präsidium

Marianne Schneider, 01- 257 28 87

Thomas Hildbrand, 01- 257 38 52



Zürich, 16. Januar 1996

Liebe Vorstandsmitglieder

In den letzten Wochen fanden auf Anregung der VPOD Uni-Gruppe zwei Sitzungen mit verschiedenen Vertretern des VPOD statt, zu der auch die VAUZ und der VSU eingeladen waren. Thema dieser Sitzungen war die Diskussion möglicher Aktivitäten zu den kantonalen Sparvorgaben und ihren Auswirkungen auf Bildungsqualität, Bildungsangebot und Bildungspolitik.

Resultat dieser Gespräche sind bisher:

1./2. April bzw. 1. und zweite Semesterwoche:

Zur Vorbereitung von Podiumsdiskussion und Aktionstag  
verschiedene Aktionen an der Uni.

Beispielsweise: Legikontrolle durchgeführt als Zugangsverengung an  
den Uni-Haupteingängen

Beispielsweise: als Versammlung aller Lehrbeauftragten im Lichthof  
zu einer Informations- und Protestversammlung

25. April, 18.15 Uhr, Universität:

Podiumsgespräch mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Universität  
und Politik

6. Juni:

Aktionstag und Demonstration zum Thema Sparpolitik, Bildung,  
Gesundheit mit grösstmöglicher Breite.

Um die Aktionen noch im Detail zu planen und vorzubereiten braucht es dringend noch **mindestens zwei Personen**, die auch die Verbindung zum Vorstand aufrechterhalten können.

Nächste Sitzung: 24. Januar 1996, 12.00–13.30 Uhr  
Schönberggasse 2, Seminarraum II im 1. Stock.

Thomas Hildbrand

# AG SparUni

## Protokoll der Sitzung vom 15.1.96

Anwesend: Corinne Schärer, Sekretariat VPOD Lehrberufe (Leitung), Guido Suter (Sekretariat VPOD Staatspersonal), Thomas Hiltbrand (Ko-Präsident VAUZ), Peter Schürmann (VSU), Folker Horst (VPOD Lehrberufe); von der VPOD Gruppe Universität Angelika Blum, Anni Strässle, Robert Fluder und Stephan Schmid (Protokoll)

## **Informationen**

### Aktivitäten der Studierenden

An einer ersten vom VSU einberufenen Protestversammlung anfangs Dezember unter dem Motto «Nein zu Sparmassnahmen» nahmen ca. 15 Personen teil, darunter auch einige Assis (siehe unten).

Daraus ging eine AG Bildungspolitik hervor, die sich am 19. Dezember traf. Verschiedene Widerstandsformen wie Protestpause, Demo, Vorlesungstreik wurden diskutiert. Auf der anderen Seite wurde auch die Auffassung vertreten, man könne nicht nur einfach Nein zum New Public Management sagen, sondern müsse auch Alternativen aufzeigen können. Das Aktionspotential des VSU ist relativ klein, man versucht, mit Schülerorganisationen von Mittelschulen zusammenzuarbeiten (Treffen am 16. Januar, 19.30 auf dem VSU-Büro). Zwei Leute von den Islamwissenschaften wollen eine Podiumsveranstaltung planen.

### Aktivitäten der Assistierenden

An der spontan von der Basis einberufenen Versammlung vom 9. Januar nahmen ca. 20 Leute teil (vor allem aus der Phil.I-Fakultät und aus kleinen Instituten). Dabei wurden konkrete Sparmassnahmen aufgezeigt, gegen den Unireport «Wissens-Marketing» Stellung bezogen und Gegenstrategien diskutiert. Einige Streiflichter auf die Diskussion:

- die Institute sollen nicht mehr eine bestimmte Anzahl Lehraufträge (Stunden), sondern eine pauschale Summe zugesprochen erhalten. Dadurch werden weniger entlohnte Lehraufträge (Assis) attraktiver; es ist zu befürchten, dass vermehrt unbezahlte Lehraufträge erteilt werden
- bei (Wieder-)Anstellung schlechte Einreihung (Erfahrungsstufen zu wenig angerechnet)
- Angst vor Schliessung kleiner Institute
- starker Unmut aufgrund des Unireports «Wissens-Marketing». Es wird ein einseitig kommerzialisierbarer Unibetrieb geschildert. Vgl. auch Weltwoche-Artikel gegen 'unnütze' Phil.Fächer
- New Public Management trifft im Fall der Uni auf feudale Strukturen. Man könnte die Reform als Chance für Demokratisierung nutzen
- Vorschlag, das Thema an das Fernsehen zu tragen (Arena)
- die Problematik soll an der VAUZ-Mitgliederversammlung vom 16. Januar aufgeworfen werden
- eine Gruppe arbeitet weiter an Grundsatzpositionen zum Bildungsauftrag der Uni

## Universitätsleitung

- Zu Jahresbeginn ist mit gelben Plakaten bzw. Briefen auf die Immatrikulationspflicht aufmerksam und die Dozierenden zu Legikontrollen aufgefordert worden. Pikantes Detail: auf eine Studienzeitbeschränkung soll vorerst verzichtet werden (Studis als Einnahmequelle) ...
- Sparvorgabe: 8.9 Mio, ca. 100 Stellen

## Medien

2 Berichte über Hochschulen im 10vor10 (Sparmassnahmen an der ETH, Vorschläge der De Pury-Gruppe)

## **Diskussion**

- Angesichts gestiegener Studiengebühren und Immatrikulationspflicht sollte die Frage einer Teilimmatrikulation für Werkstudierende geprüft werden
- der Vorschlag, den Leidensdruck der Studierenden durch rigorose Kontrollen zu erhöhen, wird mehrheitlich abgelehnt
- es ist schwierig, in die «Arena» zu kommen (nur 'topaktuelle' Themen). Der VPOD war zwar anlässlich der Protestversammlung der LehrerInnen im Kongresshaus kontaktiert worden

## Mögliche Reaktionsformen (Brainstorming, ungeordnet)

Podiumsdiskussion an der Uni, Zeitung, Vorlesungen umfunktionieren, Protestpausen, Warnstreik, Demo, Aktionstag zusammen mit LehrerInnen/SchülerInnen (evtl. mit dem Gesundheitsbereich), symbolische 'Legikontrollen' als Polit-Theater

Problem: Informationsbeschaffung über konkret vorgesehene Sparmassnahmen (ab ca. Ende Januar, evtl. bei Planungsstab Uni)

## **Zeitplan**

1. April, erster Tag Sommersemester:

'Legikontrolle' als Aprilscherz an den Eingängen des Hauptgebäudes, verbunden mit Flugis gegen Sparmassnahmen (Infos zu bevorstehenden Aktionen)

25. April, 18.00 Uhr

Podiumsdiskussion über «Hochschulpolitik in der Sparklemme» in der Aula (evtl. HS 101, 180).Raumreservation durch Robert, resp. Henry  
Ziel, in die Medien zu kommen im Zus.hang mit dem *Dies academicus*

29. April, *Dies academicus*: Aktionen?

6. Juni (prov.) Aktionstag (z.B. mit Protestpausen am Tag und Demo am Abend)

## **Nächste Sitzung:**

Mittwoch, 24.1.96, 12.00-13.30

Schönberggasse 2, Abt. Angewandte Psychologie, Seminarraum II

Ziel: Vorbereitung der Podiumsdiskussion (4 TeilnehmerInnen, Leitung, Schwerpunkte)  
Informationsaustausch, evtl. Planung der anderen Aktionen

## AG - SparUni

Anwesende: Corinne Scherrer, VPOD ZH Lehrkräfte, Sekretariat  
Anni Strässle, VPOD ZH Staatspersonal, Vorstand Gruppe Univ.  
Guido Suter, VPOD ZH Staatspersonal, Sekretariat  
David Hauser, VPOD Schweiz Verbandssekretariat  
Angelika Blum, VPOD ZH Staatspersonal, Vorst. Gruppe Univ.  
Thomas Hiltbrand, Verband Assistierender Univ. Zürich, VAUZ  
Stefan Schmid, VPOD ZH Staatspersonal, Vorstand Gruppe Univ.

Abgemeldet: Robert Fluder, VPOD ZH Staatspersonal, Vorstand Gruppe Univ.

Vorsitz: Corinne Scherrer

Protokoll: Angelika Blum

Datum: 19. Dezember 1995

---

### AUSGANGSLAGE für die AG SparUni

#### Anlass:

- Regierungsratsbeschluss, im Rahmen der Universitätsreform 25% einzusparen, erwirkbar insbesondere durch Personalabbau. Die Kürzung um 50-60 Stellen ist massiv. Betroffen ist auch der Mittelbau, was Bildungsabbau bedeutet.

#### Abbau:

- Es handelt sich um einen Pauschalvorschlag, realisierbar innert drei Jahren
- Betroffen ist nicht nur der Bildungssektor, sondern auch das übrige Personal. Wir von der AG SparUni bearbeiten lediglich den Bildungssektor. Der VPOD Staatspersonal soll die Verantwortung für das übrige Personal tragen.

#### Ziel der AG-SparUni:

- auf das Sparpaket betreffend Universität reagieren
- Auswirkungen und Folgen der Sparmassnahmen an der Universität aufzeigen
- Sensibilisierung der Betroffenen erreichen
- Diskussion öffentlich machen
- Sowohl die Seite des Bildungspersonals als auch diejenige der Betroffenen aufzeigen
- Wünschbar ist eine VSU-Vertretung für die Seite der Betroffenen, insbesondere bezüglich Werbung

#### Zielpublikum:

- Betroffene des Bildungsabbaus, d.h. Mittelbauangestellte und Studierende
- Presse (Problem: kommt nicht mehr an Podien), daher Zeitungen mit Materialien beliefern wegen Verbreitung
- ETH (ähnliche Vorkommnisse)
- Liberale im Kantonsrat (CVP, FDP), d.h. PolitikerInnen
- Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrats (Problem: sind nicht frei im Reden)
- Parteien

#### Mögliche Mittel:

- Veranstaltung in Form eines kontradiktorischen Diskussionspodiums
- Pressekonferenz
- Pressemitteilungen

Podium

### Vorgesehener Inhalt (vierteiliges Grobkonzept):

- Standort: Wettbewerbsfähigkeit, Humankapital
- Gesellschaftspolitik: Recht auf Bildung für alle, Bedeutung für die Gesellschaft
- Verbindung zu den Forderungen in der VPOD-VAUZ-Broschüre vom Jan.'95: Mittelbau soll an Bedeutung gewinnen, nicht verlieren
- Auswirkungen auf die Studierenden

### Mögliche VertreterInnen in einer kontroversen Debatte:

- de Pury selbst als Vertreter der Wirtschaftsseite und Hauptautor des kürzlich erschienenen Weissbuches oder ein anderer Vertreter der Autorengruppe
- Buschor als Initiator der bevorstehenden Sparmassnahmen
- Gewerkschaftsseite als Gegenpol: z.B. Elmar Ledergerber (seine Beschlagenheit in Bildungsfragen ist wenig bekannt) oder Thomas Onken oder Barbara Häring Binder oder ... Bernasconi oder Sebastian Brändli
- ein/e Mittelbauangehörige/r
- ein/e Studierende/r

### Probleme:

- Informationsbeschaffung, zentrale Bündelung, zugänglich für alle von uns
- Semesterferien vom 10.2.96 bis 1.4.96
- Budgetdebatte im Kantonsrat anfangs neues Jahr verfolgen (unsere Befürchtungen über mögliche Auswirkungen der Sparmassnahmen sollen Entscheidungsgrundlagen liefern)
- Wünschbar wäre eine Pressekonferenz im Feb.'96 (kurzfristig einberaumen, lokale Ebene)
- Podiumsdebatte möglicherweise auf April '96 planen (nationale Ebene)
- Bereitschaftsgruppe bilden aus VSU, VAUZ, VPOD, Fachvereine
- Zusätzliches Kapitel an Broschüre anfügen (erfordert ca. 1 Jahr)

### Nächstes Treffen:

- 15. Januar 1996, 12.15 - 14.00 Uhr, Schönberggasse 2, Abteilung Angewandte Psychologie, Seminarraum II

### Thema des nächsten Treffens:

- Was sind unsere Möglichkeiten, um zu reagieren? Phantasien/Ideen entwickeln
- Koordination Bereitschaftsgruppe konkretisieren
- Info-Pool erstellen
- Veranstaltung auf Anfang SS 96 nageln
- Leitung der Kontroverse festlegen
- Podium auf vier Leute beschränken
- ev. Pressekonferenz per Ende Jan./Anf. Feb. '96 einberaumen

neu 15.1.96  
- Logik-Kontrolle  
- Zeit- und Raumfrage  
- Arena (TV) lösen  
- LH - Programm  
- Stipendie  
- Solidarisierung mit Fach  
- Kl. Realgymn.  
- Stützpunkt  
- Demo

### Zusatzinformation:

- Sitzung von MittelbauvertreterInnen am 9. Jan. '96 zum Sparthema
- VAUZ Mitgliederversammlung am 16. Jan. '96 als Informationsaustausch (Erwartungen an Mittelbaustellen, Kompetenzzuwachs, Evaluation Lehre/Leistungsabbau, konkreter Abbau), Diskussion im VAUZ-Vorstand anschliessend weiterführend beabsichtigt

- Altitudo  
- Abgebante Stelle  
visualisierte



# AG SparUni

## Protokoll der Sitzung vom 15.1.96

Anwesend: Corinne Schärer, Sekretariat VPOD Lehrberufe (Leitung), Guido Suter (Sekretariat VPOD Staatspersonal), Thomas Hiltbrand (Ko-Präsident VAUZ), Peter Schürmann (VSU), Folker Horst (VPOD Lehrberufe); von der VPOD Gruppe Universität Angelika Blum, Anni Strässle, Robert Fluder und Stephan Schmid (Protokoll)

## **Informationen**

### Aktivitäten der Studierenden

An einer ersten vom VSU einberufenen Protestversammlung anfangs Dezember unter dem Motto «Nein zu Sparmassnahmen» nahmen ca. 15 Personen teil, darunter auch einige Assis (siehe unten).

Daraus ging eine AG Bildungspolitik hervor, die sich am 19. Dezember traf. Verschiedene Widerstandsformen wie Protestpause, Demo, Vorlesungsstreik wurden diskutiert. Auf der anderen Seite wurde auch die Auffassung vertreten, man könne nicht nur einfach Nein zum New Public Management sagen, sondern müsse auch Alternativen aufzeigen können. Das Aktionspotential des VSU ist relativ klein, man versucht, mit Schülerorganisationen von Mittelschulen zusammenzuarbeiten (Treffen am 16. Januar, 19.30 auf dem VSU-Büro). Zwei Leute von den Islamwissenschaften wollen eine Podiumsveranstaltung planen.

### Aktivitäten der Assistierenden

An der spontan von der Basis einberufenen Versammlung vom 9. Januar nahmen ca. 20 Leute teil (vor allem aus der Phil.I-Fakultät und aus kleinen Instituten). Dabei wurden konkrete Sparmassnahmen aufgezeigt, gegen den Unireport «Wissens-Marketing» Stellung bezogen und Gegenstrategien diskutiert. Einige Streiflichter auf die Diskussion:

- die Institute sollen nicht mehr eine bestimmte Anzahl Lehraufträge (Stunden), sondern eine pauschale Summe zugesprochen erhalten. Dadurch werden weniger entlohnte Lehraufträge (Assis) attraktiver; es ist zu befürchten, dass vermehrt unbezahlte Lehraufträge erteilt werden
- bei (Wieder-)Anstellung schlechte Einreihung (Erfahrungsstufen zu wenig angerechnet)
- Angst vor Schliessung kleiner Institute
- starker Unmut aufgrund des Unireports «Wissens-Marketing». Es wird ein einseitig kommerzialisierbarer Unibetrieb geschildert. Vgl. auch Weltwoche-Artikel gegen 'unnütze' Phil.Fächer
- New Public Management trifft im Fall der Uni auf feudale Strukturen. Man könnte die Reform als Chance für Demokratisierung nutzen
- Vorschlag, das Thema an das Fernsehen zu tragen (Arena)
- die Problematik soll an der VAUZ-Mitgliederversammlung vom 16. Januar aufgeworfen werden
- eine Gruppe arbeitet weiter an Grundsatzpositionen zum Bildungsauftrag der Uni

## Universitätsleitung

- Zu Jahresbeginn ist mit gelben Plakaten bzw. Briefen auf die Immatrikulationspflicht aufmerksam und die Dozierenden zu Legikontrollen aufgefordert worden. Pikantes Detail: auf eine Studienzzeitbeschränkung soll vorerst verzichtet werden (Studis als Einnahmequelle) ...
- Sparvorgabe: 8.9 Mio, ca. 100 Stellen

## Medien

2 Berichte über Hochschulen im 10vor10 (Sparmassnahmen an der ETH, Vorschläge der De Pury-Gruppe)

## **Diskussion**

- Angesichts gestiegener Studiengebühren und Immatrikulationspflicht sollte die Frage einer Teilimmatrikulation für Werkstudierende geprüft werden
- der Vorschlag, den Leidensdruck der Studierenden durch rigorose Kontrollen zu erhöhen, wird mehrheitlich abgelehnt
- es ist schwierig, in die «Arena» zu kommen (nur 'topaktuelle' Themen). Der VPOD war zwar anlässlich der Protestversammlung der LehrerInnen im Kongresshaus kontaktiert worden

## Mögliche Reaktionsformen (Brainstorming, ungeordnet)

Podiumsdiskussion an der Uni, Zeitung, Vorlesungen umfunktionieren, Protestpausen, Warnstreik, Demo, Aktionstag zusammen mit LehrerInnen/SchülerInnen (evtl. mit dem Gesundheitsbereich), symbolische 'Legikontrollen' als Polit-Theater

Problem: Informationsbeschaffung über konkret vorgesehene Sparmassnahmen (ab ca. Ende Januar, evtl. bei Planungsstab Uni)

## **Zeitplan**

1. April, erster Tag Sommersemester:

'Legikontrolle' als Aprilscherz an den Eingängen des Hauptgebäudes, verbunden mit Flugis gegen Sparmassnahmen (Infos zu bevorstehenden Aktionen)

25. April, 18.00 Uhr

Podiumsdiskussion über «Hochschulpolitik in der Sparklemme» in der Aula (evtl. HS 101, 180).Raumreservation durch Robert, resp. Henry  
Ziel, in die Medien zu kommen im Zus.hang mit dem *Dies academicus*

29. April, *Dies academicus*: Aktionen?

6. Juni (prov.) Aktionstag (z.B. mit Protestpausen am Tag und Demo am Abend)

## **Nächste Sitzung:**

Mittwoch, 24.1.96, 12.00-13.30

Schönberggasse 2, Abt. Angewandte Psychologie, Seminarraum II

Ziel: Vorbereitung der Podiumsdiskussion (4 TeilnehmerInnen, Leitung, Schwerpunkte)  
Informationsaustausch, evtl. Planung der anderen Aktionen

## AG - SparUni

Anwesende: Corinne Scherrer, VPOD ZH Lehrkräfte, Sekretariat  
Anni Strässle, VPOD ZH Staatspersonal, Vorstand Gruppe Univ.  
Guido Suter, VPOD ZH Staatspersonal, Sekretariat  
David Hauser, VPOD Schweiz Verbandssekretariat  
Angelika Blum, VPOD ZH Staatspersonal, Vorst. Gruppe Univ.  
Thomas Hiltbrand, Verband Assistierender Univ. Zürich, VAUZ  
Stefan Schmid, VPOD ZH Staatspersonal, Vorstand Gruppe Univ.

Abgemeldet: Robert Fluder, VPOD ZH Staatspersonal, Vorstand Gruppe Univ.

Vorsitz: Corinne Scherrer  
Protokoll: Angelika Blum  
Datum: 19. Dezember 1995

---

### AUSGANGSLAGE für die AG SparUni

#### Anlass:

- Regierungsratsbeschluss, im Rahmen der Universitätsreform 25% einzusparen, erwirkbar insbesondere durch Personalabbau. Die Kürzung um 50-60 Stellen ist massiv. Betroffen ist auch der Mittelbau, was Bildungsabbau bedeutet.

#### Abbau:

- Es handelt sich um einen Pauschalvorschlag, realisierbar innert drei Jahren
- Betroffen ist nicht nur der Bildungssektor, sondern auch das übrige Personal. Wir von der AG SparUni bearbeiten lediglich den Bildungssektor. Der VPOD Staatspersonal soll die Verantwortung für das übrige Personal tragen.

#### Ziel der AG-SparUni:

- auf das Sparpaket betreffend Universität reagieren
- Auswirkungen und Folgen der Sparmassnahmen an der Universität aufzeigen
- Sensibilisierung der Betroffenen erreichen
- Diskussion öffentlich machen
- Sowohl die Seite des Bildungspersonals als auch diejenige der Betroffenen aufzeigen
- Wünschbar ist eine VSU-Vertretung für die Seite der Betroffenen, insbesondere bezüglich Werbung

#### Zielpublikum:

- Betroffene des Bildungsabbaus, d.h. Mittelbauangestellte und Studierende
- Presse (Problem: kommt nicht mehr an Podien), daher Zeitungen mit Materialien beliefern wegen Verbreitung
- ETH (ähnliche Vorkommnisse)
- Liberale im Kantonsrat (CVP, FDP), d.h. PolitikerInnen
- Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrats (Problem: sind nicht frei im Reden)
- Parteien

#### Mögliche Mittel:

- Veranstaltung in Form eines kontradiktorischen Diskussionspodiums
- Pressekonferenz
- Pressemitteilungen

Podium

### Vorgesehener Inhalt (vierteiliges Grobkonzept):

- Standort: Wettbewerbsfähigkeit, Humankapital
- Gesellschaftspolitik: Recht auf Bildung für alle, Bedeutung für die Gesellschaft
- Verbindung zu den Forderungen in der VPOD-VAUZ-Broschüre vom Jan.'95: Mittelbau soll an Bedeutung gewinnen, nicht verlieren
- Auswirkungen auf die Studierenden

### Mögliche VertreterInnen in einer kontroversen Debatte:

- de Pury selbst als Vertreter der Wirtschaftsseite und Hauptautor des kürzlich erschienenen Weissbuches oder ein anderer Vertreter der Autorengruppe
- Buschor als Initiator der bevorstehenden Sparmassnahmen
- Gewerkschaftsseite als Gegenpol: z.B. Elmar Ledergerber (seine Beschlagenheit in Bildungsfragen ist wenig bekannt) oder Thomas Onken oder Barbara Häring Binder oder ... Bernasconi oder Sebastian Brändli
- ein/e Mittelbauangehörige/r
- ein/e Studierende/r

### Probleme:

- Informationsbeschaffung, zentrale Bündelung, zugänglich für alle von uns
- Semesterferien vom 10.2.96 bis 1.4.96
- Budgetdebatte im Kantonsrat anfangs neues Jahr verfolgen (unsere Befürchtungen über mögliche Auswirkungen der Sparmassnahmen sollen Entscheidungsgrundlagen liefern)
- Wünschbar wäre eine Pressekonferenz im Feb.'96 (kurzfristig einberaumen, lokale Ebene)
- Podiumsdebatte möglicherweise auf April '96 planen (nationale Ebene)
- Bereitschaftsgruppe bilden aus VSU, VAUZ, VPOD, Fachvereine
- Zusätzliches Kapitel an Broschüre anfügen (erfordert ca. 1 Jahr)

### Nächstes Treffen:

- 15. Januar 1996, 12.15 - 14.00 Uhr, Schönberggasse 2, Abteilung Angewandte Psychologie, Seminarraum II

### Thema des nächsten Treffens:

- Was sind unsere Möglichkeiten, um zu reagieren? Phantasien/Ideen entwickeln
- Koordination Bereitschaftsgruppe konkretisieren
- Info-Pool erstellen
- Veranstaltung auf Anfang SS 96 nageln
- Leitung der Kontroverse festlegen
- Podium auf vier Leute beschränken
- ev. Pressekonferenz per Ende Jan./Anf. Feb. '96 einberaumen

### Zusatzinformation:

- Sitzung von MittelbauvertreterInnen am 9. Jan. '96 zum Sparthema
- VAUZ Mitgliederversammlung am 16. Jan. '96 als Informationsaustausch (Erwartungen an Mittelbaustellen, Kompetenzzuwachs, Evaluation Lehre/Leistungsabbau, konkreter Abbau), Diskussion im VAUZ-Vorstand anschliessend weiterführend beabsichtigt

neu 15.1.96  
- Logik-Konflikte  
- Zeitzeit-Management  
- Arena (TV) 10  
- LH - Bernasconi  
- Stipendia  
- Schliessung 4.1.96  
- Kl. Early  
- Standplatz  
- Demo

- Altitool  
- Abgebante Stelle  
visualisieren

## **AG SparUni: Protokoll der Sitzung vom 24. Januar 1996**

Anwesend: Robert Fluder, Thomas Hildbrand (Protokoll), Folker Horst, Robert Hurst, Corinne Schärer, Stephan Schmid, Peter Schürmann, Guido Suter, Moritz von Wyss

Entschuldigt: Angelika Blum-Brunner, David Hauser, Anni Strässle

### **Mitteilungen**

- Das Interesse an den Ereignissen rund um die Uni und das Bildungswesen steigt zur Zeit auch wieder in brügerlichen Kreisen.
- VSU: Am 2. April findet eine Aktion statt (als Überraschung geplant, mit Einladung an Medien). Assistierende, die sich anschliessen wollen, sind gebeten dies zu tun. (Vorbereitende Sitzung: 18. März 1996, 19 Uhr im VSU Büro, Rämistrasse 62).
- An den Mittelschulen sind auch Aktionen geplant. Realisierung unsicher.
- StuRa: Geplant ist eine Resolution (Abstimmung am 30. Januar 1996)
- An der KME sind Aktionen schwierig zu planen. Corinne nimmt Kontakt auf.
- Nächste Sitzung der Assistierenden-Gruppe (Filmwissenschaft): 30. Januar 1996, 18.30 Uhr in der Plattenstrasse (Filmwissenschaftl. Seminar)
- VAUZ: Aktion vor dem Dies Academicus geplant: z. B. Versammlung der Lehrbeauftragten im Lichthof. (Nächste Vorstandssitzung: 13. Februar 1996, 18.15 Uhr, Schönberggasse 2)
- 6. Juni als Aktionstag mit anschliessender Demo steht fest.
- Sitzung AktionsBündnis (18. Januar 1996, alle berufspolitischen und Personalverbände des Kantons Zürich): Vorgesehen ist ein Aktionstag im Herbst. Koordination läuft (Konto, Geldsammlung, Budget). Geplant ist eine Publikation über die (sozialen) Auswirkungen des Abbaus. (Nächste Sitzung: 5. März 1996)
- SGB plant Aktionswoche im Sommer (Termin noch offen)

### **Podium vom 25. April 1996, 18.15 Uhr in der Aula (Universität)**

Thema: Bildungspolitische Sparmassnahmen und die dahinter liegenden Vorstellungen über Wandlungsbedarf im Bildungsbereich.

Diskussion der einzuladenden PodiumsteilnehmerInnen. Folgende Personen werden in der angegebenen Reihenfolge angefragt (Anfragende in Klammern):

D. de Pury (Corinne)	J. Nüesch (Präsident ETH)
E. Buschor (Corinne)	H. H. Schmid (Rektor Uni) – E. Honegger
S. Gaillard (Corinne)	E. Ledergerber
B. Häring-Binder (Robert F.)	Th. Onken
Moderation:	M. Strech (Corinne) – U. Hürzeler – R. Renschler

Personen, die vorläufig nicht angefragt werden: Hauser – S. Brändli – I. Bernasconi – U. Lehmann – R. Grossenbacher – S. Grossenbacher (Moderation)

Nächste Sitzung: Donnerstag, 15. Februar 1996, 12.15–14.00 Uhr  
Schönberggasse 2, 1. Stock, Seminarraum II.

**Offene Frage:** Wie organisieren wir unseren Informationsaustausch?

Beilage: Bereinigte und ergänzte Adressliste

## Adressliste

Angelika Blum-Brunner  
Bockhornstrasse 33  
8047 Zürich  
P: 492 94 34  
G: 257 37 48  
VPOD ZH Staatspersonal  
Gruppe Universität

Robert Fluder  
Birrwaldstrasse 15  
8135 Langnau a. A.  
P: 713 14 18  
G: 257 21 54  
VPOD ZH Staatspersonal  
Gruppe Universität

David Hauser  
VPOD-Verbandssekretariat  
Postfach  
8030 Zürich  
G: 251 99 35  
(P: 242 61 46)

Thomas Hildbrand  
Hügelstrasse 39  
8002 Zürich  
G: 257 38 52 (bis 31.3.96)  
G: 257 22 24 (ab. 1.2.96)  
P: 201 02 91

VAUZ

Folker Horst  
VPOD ZH Lehrberufe  
Schwabachstrasse 65  
8706 Meilen  
P: 923 29 15

Robert Hurst  
Schaffhauserstrasse 494  
8052 Zürich  
G: 257 30 03  
P: 301 19 60

VAUZ

Corinne Schärer  
VPOD ZH Lehrkräfte  
Engelstrasse 64  
8004 Zürich  
G: 242 41 42  
P: 363 39 86

Stephan Schmid  
Kanzleistrasse 201  
8004 Zürich  
G: 257 30 01  
P: 241 27 97  
VPOD ZH Staatspersonal  
Gruppe Universität

Peter Schürmann  
VSU  
Rämistrasse 62  
8001 Zürich  
G: 262 31 40

Anni Strässle  
Grubenacker 113  
8052 Zürich  
P: 302 47 20  
VPOD ZH Staatspersonal  
Gruppe Universität

Guido Suter  
VPOD ZH Staatspersonal  
Sekretariat  
Stauffacherstrasse 60  
Postfach  
8004 Zürich  
G: 241 58 85

Moritz von Wyss  
Nietengasse 1  
8004 Zürich  
G: 257 30 73  
P: 242 60 41  
VAUZ

Die an der Universität Zürich tätigen Verbände der **Privatdozentinnen** und **Privatdozenten** (PD-Vereinigung), der **Assistierenden** (VAUZ), des **Staatspersonals**, vertreten durch den VPOD Zürich, sowie die **Studierenden** an der Universität Zürich, vertreten durch den Studierendenrat (StuRa), reichen hiermit folgende

## Petition

vom 2. April 1996

an

den **Kantonsrat und Regierungsrat des Kantons Zürich** ein,

damit sie in ihrem Kompetenzbereich untenstehende Forderungen ohne Verzug verwirklichen und so eine Abwertung des Ausbildungs- und Forschungsplatzes Zürich verhindern:

1. **Die Sparpolitik im Universitätsbereich muss ein Konzept erhalten, das ein Sparen ohne Qualitätsverlust und leistungsfähige Strukturen für die Zukunft sicherstellt.**

Bis anhin beruhen die Sparvorschläge auf nackten Zahlen ohne inhaltliche Zielvorgabe des Regierungsrates. Damit sind den zuständigen Organen die Hände gebunden, strukturell und wirkungsorientiert zu sparen. Sie können nur eine Sparpolitik betreiben, die hauptsächlich auf der Streichung der Entschädigungen der Lehrbeauftragten für Lehrveranstaltungen sowie der Kürzung von Assistierendenstellen beruht. Der Kanton Zürich spart also bei derjenigen Personalkategorie, die für eine bescheidene Entlöhung einen hohen und für die Universität notwendigen Arbeitsaufwand leistet. Die Betreuung der Studierenden sowie das Lehrangebot an der Universität wird dadurch im starken Masse reduziert. Dementsprechend erleidet die **Universität einen gravierenden Qualitätsverlust in der Ausbildung und erzielt nur bescheidene Einsparungen**. Zudem verliert die Universität mit der Reduktion von Lehrveranstaltungen, die von Lehrbeauftragten gehalten werden, eine wichtige **Verbindung von Lehre und Forschung mit der Praxis**. **Die Bedürfnisse von Gesellschaft und Wirtschaft werden dementsprechend in Lehre und Forschung weniger berücksichtigt.**

2. **Der akademische Nachwuchs muss weiterhin gefördert und gestärkt und darf nicht durch Sparmassnahmen beschnitten werden.**

Die Angehörigen des Mittelbaus sind nicht nur Angestellte, sondern bilden zusammen mit den externen Lehrbeauftragten und Privatdozentinnen und Privatdozenten den akademischen Nachwuchs, der an der Universität Zürich einen wesentlichen Beitrag zu Lehre und Forschung leistet. **Sie bilden die Pfeiler der Universität für die Zukunft**. Wird bei diesem Personal gespart, so **verliert man einen eigenständigen akademischen Nachwuchs**. Die entsprechenden personellen Lücken müssten später mit hohem finanziellem Aufwand gefüllt werden. **Die heutigen Einsparungen würden dadurch längerfristig zunichte gemacht.**

**3. Es dürfen keine Stellen an der Universität abgebaut werden.**

Ein Stellenabbau an der Universität hat keinen Abbau des heute bestehenden Arbeitsaufwandes an der Universität zur Folge, sondern eine Mehrbelastung der verbleibenden Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber. **Diese Mehrbelastung schwächt die Infrastruktur der Universität, so dass der alltägliche Lehr- und Forschungsbetrieb nicht sachgerecht unterhalten werden kann. Zudem müsste eine solche Mehrbelastung zusätzlich entlohnt werden, was wiederum zu keinen nennenswerten Einsparungen führen würde.**

**4. Die Reform der Universität Zürich und die Sparmassnahmen im Sinne des EFFORT sollen getrennt vollzogen werden.**

Die Verbindung des Uni 2000-Projektes mit den Sparmassnahmen EFFORT führt dazu, dass sich das neue Universitätsgesetz bereits in der Vernehmlassung befindet, bevor ein konzeptionelles Leitbild der Universität zu Ende diskutiert ist und bevor Kommissionen für wichtige Teilbereiche des neuen Universitätsgesetzes zu einem Resultat gelangt sind. Ein Gesetz in die Vernehmlassung zu schicken, ohne dass eine inhaltliche Diskussion beendet ist, kann nur als Leerlauf oder übereiltes Handeln bezeichnet werden. **Damit wird aber eine Gesetzgebung verhindert, die es der Universität ermöglichen würde, ihre Tätigkeiten effizienter zu gestalten sowie den Forschungs- und Lehrplatz Zürich für die nächsten Jahrzehnte sorgfältig zu planen.**

**5. Die Finanzierung der Universität darf nicht durch eine weitere Anhebung von Studiengebühren erfolgen.**

Damit auch weiterhin **die liberale Bildungstradition der Schweiz** aufrechterhalten werden kann, muss die Universität als öffentliche Bildungsinstitution allen in gleicher Weise, entsprechend ihren Fähigkeiten zugänglich sein. Zur Finanzierung der Universität müssen deshalb Modelle erarbeitet werden, die **ein Studium allen Bevölkerungskreisen, unabhängig von deren finanziellen Möglichkeiten erlaubt.**

Vereinigung der Privatdozentinnen und Privatdozenten an der Universität Zürich:

Vereinigung der Assistentinnen und Assistenten an der Universität Zürich

Verband des Personals öffentlicher Dienste  
Sektion Zürich, Staatspersonal und  
Lehrberufe:

Studierendenrat der Universität Zürich:





Zürich, 17. Januar 1996

Stellungnahme der VAUZ  
zu den vorgesehenen Sparmassnahmen an der Universität Zürich (Medienberichte vom  
Januar 1996)

---

In den letzten Tagen berichteten die Medien über vorgesehene Sparmassnahmen an der Universität. In diesem Zusammenhang und reagierend auf Äusserungen von Regierungsrat E. Buschor und Rektor Hans Heinrich Schmid sieht sich die VAUZ zu einer Stellungnahme veranlasst.

Erziehungsdirektor Ernst Buschor äusserte sich dahingehend, dass der Stellenabbau den Mittelbau stärker als andere Personalkategorien treffen werde. Dies kann nicht unwidersprochen bleiben.

Im akademischen Bereich der Universität (in Lehre, Forschung und Dienstleistung) sind heute rund 3000 Personen angestellt; davon rund 2500 im Mittelbaubereich, d. h. als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und als Assistentinnen und Assistenten.

Zusammen mit den Lehrbeauftragten und den Privatdozentinnen und Privatdozenten bestreiten diese 2500 Mittelbauangestellten mehr als zwei Drittel der gesamten Lehrtätigkeit.

Im Bereich der Forschung dürfte der Anteil aufgrund der vielen Doktorandinnen und Doktoranden, Habilitandinnen und Habilitanden, die in Grundlagenforschung und angewandter Forschung tätig sind, etwa gleich gross, wenn nicht gar noch grösser sein.

Der heutige Universitätsbetrieb in Lehre, Forschung und Dienstleistung kann daher ohne die Mittelbauangestellten nicht aufrechterhalten werden.

In den letzten Jahren und Jahrzehnten musste ein deutlicher Anstieg der Belastung des universitären Mittelbaus durch Arbeit in Lehre, Administration und Dienstleistung verzeichnet werden. Die Zahl der geleisteten Überstunden ist beträchtlich. Dadurch wird dessen wissenschaftliche Weiterqualifikation und die Förderung des akademischen Nachwuchses durch die Universität (wie sie in § 15 der Angestelltenverordnung, Januar 1993, festgehalten ist) in Frage gestellt.

Die jetzigen Sparmassnahmen (vorgesehene Streichung von Assistenzstellen, Streichung von bezahlten Lehraufträgen, Erhöhung der Arbeitsbelastung mit administrativen Arbeiten inkl. der Einführung der Kontrolle der Einhaltung der Immatrikulationspflicht) belasten die Assistierenden (und den gesamten Mittelbau) noch weiter und verunmöglichen die Förderung des akademischen Nachwuchses.

Die regierungsrätlichen Sparvorgaben und die heute geplanten konkreten Sparmassnahmen sind von Konzeptlosigkeit und Unüberlegtheit geprägt.

Sie scheinen in Unkenntnis der Arbeitsbelastung, Qualifikationsmöglichkeiten und Forschungssituation des universitären Mittelbaus und der Universität insgesamt getroffen worden zu sein.

Die Mittelbauangestellten empfinden sie als deutlichen Hinweis darauf, dass ihre jahrelang im beruflichen Alltag erbrachten Leistungen nicht erkannt und in keiner Form honoriert werden.

Protest und Forderungen:

Die Assistierenden der Universität Zürich protestieren gegen die falsche Darstellung der heutigen Arbeits- und Belastungssituation sowie der wissenschaftlichen Qualifikationsmöglichkeiten des akademischen Nachwuchses.

Sie sind empört darüber, dass die derzeitigen Sparbemühungen vorwiegend auf Kosten der schwächsten Mitglieder im universitären Bildungsbereich (Studierende, Doktorierende und Assistierende) realisiert werden.

Ferner fordern sie die Verantwortlichen in Regierung, Politik und Hochschule auf, die Sparmassnahmen sorgfältiger zu prüfen als bisher, ihre Auswirkungen auf Forschung und Nachwuchsförderung mitzuberücksichtigen und sie in langfristige bildungspolitische Entwicklungsperspektiven, beispielsweise des Schweizerischen Wissenschaftsrats, einzubinden. Die heute ins Auge gefassten Massnahmen sind unüberlegt, kurzsichtig und unsozial. Sie gefährden die gegenwärtige und zukünftige internationale Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wissenschaft.

Darüber hinaus sind sie enttäuscht, dass die grundlegende Studie «Hochschulpolitik zwischen Sparzwang und Investitionsbedarf», die auf Initiative der VAUZ über die Situation des universitären Mittelbaus unternommen und publiziert und durchwegs positiv aufgenommen worden war, bereits nach nicht einmal einem Jahr keinerlei Beachtung mehr findet.

Im Namen der Jahresversammlung der Assistierenden und aller Angehörigen des universitären Mittelbaus

gez. der VAUZ-Vorstand

VAUZ Präsidium

Marianne Schneider, 01- 257 28 87

Thomas Hildbrand, 01- 257 38 52

Tages-Anzeiger  
Werdstrasse 21  
Postfach  
8021 Zürich

DAZ  
Brauwerstrasse 4  
Postfach  
8021 Zürich

Winterthurer AZ  
Technikumstrasse 90  
Postfach  
8401 Winterthur

Sonntags Zeitung  
Werdstrasse 21  
Postfach  
8021 Zürich

Die Weltwoche  
Edenstrasse 20  
Postfach  
8021 Zürich

WOZ Die Wochenzeitung  
Kornhausstrasse 49  
Postfach  
8042 Zürich

Fernsehen DRS  
"DRS aktuell"  
Fernsehstrasse 1-4  
8052 Zürich

Der Schweiz. Beobachter  
Industriestrasse 54  
8152 Glattbrugg

Vorwärts  
Postfach 8701  
3001 Bern

sda  
Münstergasse 7  
Postfach  
3001 Bern

Nachrichtenagentur ap  
Bahnhofplatz 10 b  
Postfach  
3011 Bern

Schweizer Fernsehen  
Schweiz aktuell  
Postfach  
8052 Zürich

Neue Zürcher Zeitung  
Falkenstrasse 11  
Postfach  
8021 Zürich

Radio Z AG Zürich  
Kreuzstrasse 26  
Postfach  
8032 Zürich

Uni-Pressdienst  
z. Hd. Herrn H. Ringger  
Schönberggasse 15a  
8001 Zürich